

# Der Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalens 2008

- Jugendliche machen Politik -



Alexander Koerfer

2008



LANDTAG  
NRW

**DEMOKRATIE  
MITWIRKUNG**  
60 JAHRE GRUNDGESETZ

## **Inhaltsverzeichnis**

### **1. Der Jugend-Landtag – Organisation, Ablauf und Hintergrundwissen**

(S. 3 – 5)

### **2. Ergebnisse des Jugend-Landtags**

(S. 5 – 8)

### **3. Jugend-Landtag in Verbindung mit dem Sonderwettbewerb „DemokratieMitWirkung“**

(S. 9 – 11)

### **4. Anhang**

(S. 12)

## 1. Der Jugend-Landtag – Organisation, Ablauf und Hintergrundwissen

„Es gibt einen großen Unterschied zwischen dem, was wir jetzt testen, und dem, was andere Landtage machen. Andere Landtage machen Planspiele. Das sind reine Spiele: Du darfst mal auf dem Platz sitzen. Du darfst mal so tun als ob. - Was wir hingegen jetzt versuchen, das ist, zwei reale Themen zu behandeln, zu echten Beschlüssen zu kommen und diese Beschlüsse in die professionellen Fachausschüsse der Abgeordneten zu geben, damit die sich tatsächlich mit den Themen beschäftigen und auch Impulse bekommen. Es ist also kein Spiel.“ So beschrieb Dorothea Dietsch, Leiterin des Sachbereichs „Jugend und Parlament“ im Landtag Nordrhein-Westfalens das neue Projekt „Jugend-Landtag“.

Vom 22. bis 24. Juni 2008 fand der erste Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalens im Landtag in Düsseldorf statt. Ein halbes Jahr zuvor waren alle Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren aufgerufen worden, sich mit einer aussagekräftigen Bewerbung bei den Landtagsabgeordneten ihres Wahlkreises zu bewerben. Jeder Abgeordnete durfte sich dabei für einen Bewerber entscheiden und diesem die Möglichkeit geben, als Abgeordneter an dieser einzigartigen Veranstaltung teilzunehmen.

„Ich hoffe durch meine Teilnahme am ersten Jugendlandtag NRW einen tieferen Einblick in die Arbeit des Parlaments zu bekommen, um Zusammenhänge besser zu verstehen und auch Erfahrungen für mein eigenes Engagement zu sammeln. Gleichzeitig haben wir Teilnehmer die Möglichkeit, durch unsere Diskussion die reale Arbeit des Landtags zu beeinflussen“, kommentierte Felix Heinrichs, ein 19-jähriger junger Mann aus Mönchengladbach seine Motivation für den Jugend-Landtag. Felix wurde später zum SPD-Fraktionsvorsitzenden des Jugend-Landtags gewählt.

Vorraussetzung war politisches Interesse; Mitglied in einer Partei brauchte man nicht zu sein. Die Parteien spielten im Jugend-Landtag eine eher untergeordnete Rolle. Jeder Jugendliche saß wie auch im realen Landtag in der Parteifraktion, in der auch sein Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Mitglied war. Dadurch konnte es aber auch durchaus



vorkommen, dass Jugendliche in einer Fraktion saßen, obwohl sie einer anderen Partei politisch näher standen.

Der Jugend-Landtag versuchte sich von der Parteebene etwas abzusetzen und Jugendlichen einen aktiven Einblick in die politischen Entscheidungsprozesse unserer Demokratie zu geben. Jugendliche sollten die Möglichkeit bekommen, ihre eigene Meinungen hier zu vertreten und zusammen in einem Parlament zu einem demokratischen Entschluss zu kommen. Der Jugend-Landtag stellte dadurch einen Austausch zwischen Jugendlichen und Landtag dar.



„Der erste Jugend-Landtag NRW bietet mir die Möglichkeit politische Themen zu diskutieren, beraten und Entschlüsse vorzubereiten. Auf diese Art und Weise vertrete ich die Interessen vieler Jugendlicher“, sagte die 18-jährige Theresia Hölscher aus Oer-Erkenschwick.

Der Arbeitsplan war voll und war fast mit dem Arbeitsplan eines Abgeordneten des Landtags zu vergleichen: Fraktionssitzungen, Wahlen der Fraktionsvorsitzenden, Ausschusssitzungen, öffentliche Anhörung von Experten und Plenarsitzungen um Entscheidungen zu treffen. Die zu diskutierenden Themen „Wirtschaftliches Verbot von Werbung an Schulen aufzuheben?“ sowie „Kinder- und Jugendbeiräte in Kommunen verpflichtend einzuführen?“ wurden vorher von den Organisatoren des Landtags festgelegt. Zu beiden Themen wurden fachkundige Experten für eine Anhörung eingeladen.

„Rummeckern kann jeder, Politik konstruktiv mitgestalten ist gefragt. Deswegen will ich mich beim Jugend-Landtag einbringen und Politik mitgestalten“, sagte Niklas Seggewiß, 18 Jahre alt, aus Rheda-Wiedenbrück. Er trat im Jugend-Landtag für die FDP an.

Der Jugend-Landtag diskutierte allerdings nicht nur Themen, um dann nachher die Ergebnisse zu verwerfen, sondern die Entscheidungen, die die Jugendlichen trafen, wurden später im realen Landtag des Landes Nordrhein-Westfalens als Antrag aufgenommen. Die Jugendlichen erhielten dadurch die aktive Möglichkeit, Politik mitzugestalten und durch ihre Entscheidungen in der Landespolitik etwas zu verändern.

„Als angehender Jurist arbeite ich sehr stark mit Gesetzen. Der Jugendlandtag bietet mir die Möglichkeit diese einmal nicht nur anzuwenden, sondern auch aktiv und individuell mitgestalten zu können“, sagte der 20-jährige Justus Kersting, Meschede, von der CDU-Fraktion des Jugend-Landtags.

Der Jugend-Landtag war eine Initiative des Landtags Nordrhein-Westfalens. Gefördert wurde er von der Mercator Stiftung und der wissenschaftlichen Fakultät der Universität Duisburg-Essen.

## 2. Ergebnisse des Jugend-Landtag

Beide Themen im Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalens wurden von den Jugendlichen intensiv diskutiert. Mit der Anhörung von Experten aus Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft konnten sich die Jugendlichen informieren und anschließend genauere Details in den Ausschüssen oder Fraktionssitzungen diskutieren. Über die vorgeschlagenen Themen wurde dann am letzten Tag des Jugend-Landtags in der Plenarsitzung abgestimmt.

**"Grundsätzliches Verbot wirtschaftlicher Werbung an Schulen aufheben"**, so lautete der eine Antrag, mit dem sich die Jugendlichen in den verschiedenen Ausschüssen befassen mussten. Nach heutiger Gesetzeslage ist es an Schulen in Nordrhein-Westfalen nicht gestattet, kommerzielle und öffentliche Werbung aus wirtschaftlichen Zwecken zu betreiben. Die Jugendlichen sollten sich damit befassen, ob man dieses Verbot künftig aufheben sollte, um Bildung von Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen zu erleichtern und Schulen dadurch die Möglichkeit zu geben, bessere Lehrmittel zu finanzieren.



Zur Expertenanhörung waren eingeladen: Inga Stutz von der Kommunikations-agentur Pleon, Ursula Tenenberg-Weber von der Verbraucherzentrale NRW, Damon Ræis-Dana von der Landes-schülervertretung NRW sowie Norbert Müller, stellv. Landesvorsitzender der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft.

Die Experten erörterten ihre Ansichten des Werbeverbots und stellten sich anschließend den vielen Fragen der Jugendlichen. Danach gingen die Jugendlichen wieder in ihre Ausschüsse zurück, um dort über eine Empfehlung an den Jugend-Landtag abzustimmen.

Überraschenderweise kamen alle Ausschüsse mit der gleichen Empfehlung an den Jugend-Landtag überein: Das Verbot müsse aus Sicht der Jugendlichen weiterhin bestehen bleiben. Schulen stünden in der Verantwortung Kinder und Jugendliche zu unabhängigen, mündigen und kritischen Menschen zu erziehen; diese Aufgabe könne nur erreicht werden, wenn die Schulen weiterhin neutral und ungebunden agieren würden. Eine Bildungsprivatisierung in dem Jugendliche zu einer Art Konsument heruntergestuft werden, müsse verhindert werden. Außerdem merkte man an, dass eine Aufhebung des Gesetzes die Gefahr mitbringen würde, dass Schulen künftig wie in den USA in zwei Klassen eingeteilt würden: Einige Schulen können finanzstarke Kooperationen aufbauen und dadurch viel Geld erhalten, während andere Schulen, vor allem Schulen in sozialen Brennpunkten, wahrscheinlich ohne finanzielle Unterstützung dastehen würden.

„Wir müssen erreichen, dass sie [die SchülerInnen] kritisch reflektieren können, dass sie sich ein eigenes Bild machen und sich nicht manipulieren lassen!“, mahnte Philipp Meseck von der CDU-Fraktion in der Plenarsitzung.

Und auch die Abgeordnete der Grünen-Fraktion, Jessica Schrader, merkte an: „Wäre es nicht ein Widerspruch unserer Bildungspolitik, die die Schulen auffordert, Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürgern zu erziehen, wenn weitreichende und stark beeinflussende Werbung an Schulen zugelassen würde?“



Lars Knipping von der SPD-Fraktion verwies auf schlechte Einrichtungen und Lehrmittel in Schulen und fragte: „[...] Ist es nicht einfach Aufgabe des Staates – genauer: der Landesregierung-, Geld für diese Schulen aufzutreiben?“

Die Meinung des gesamten Jugend-Landtags war zur Aufhebung des Verbots für wirtschaftliche Werbung an Schulen übereinstimmend: In einer Abstimmung wurde der Antrag auf Aufhebung

dieses Verbots mit fast einstimmiger Mehrheit von allen Parteien abgelehnt. Damit sprachen sich die Jugendlichen dafür aus, dass Verbot weiterhin aufrecht zu erhalten.

Der zweite Antrag, mit dem sich die Jugendlichen in den drei Tagen im Jugend-Landtag befassten, **"Kinder- und Jugendbeiräte verpflichtend einzuführen"**, erhielt dagegen nicht direkt eine übereinstimmende Meinung in den vier Parteifractionen. Der Antrag befasste sich damit, dass Kommunen künftig verpflichtend Kinder- und Jugendräte einführen müssten, um Menschen im Alter von 10 bis 18 Jahre mehr politisches Gehör zu verschaffen und sie in die politischen Entscheidungen mit einzubeziehen. Die Beiräte sollten dem steigenden Durchschnittsalter in Kommunalräten entgegenwirken und Meinungen und Wünsche von Menschen jüngeren Alters mehr Beachtung schenken.

Auch für dieses Thema gab es für die Abgeordneten des Jugend-Landtags eine Expertenrunde: Sigrid Meinhold-Henschel von der Bertelsmann-Stiftung, Tina Pannes vom Rätiger Jugendrat, Mareile Kalscheuer vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Bettina Weist, Initiatorin des Gladbecker Jugendrats und Christine Trabernach vom Landesjugendring.



Auch an diese Expertenrunde war eine lange Fragerunde angeknüpft. Danach gingen die Jugendlichen wieder in die Ausschüsse zurück, um die neu gewonnenen Informationen zu besprechen und eine Empfehlung an den Jugend-Landtag zu stellen.

Die Ausschüsse gaben an den Jugend-Landtag die Empfehlungen weiter, Kinder- und Jugendbeiräte in Kommunen einzuführen und damit Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, die politische Entwicklung ihrer Kommune mitzugestalten. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz, §18 Abs. 1, wäre ein solches Recht der Beteiligung bereits gesetzlich zugesichert. Die Ausschüsse wiesen daraufhin, dass allen Menschen, egal welchen Alters, politische Partizipation und Mitspracherecht gewährleistet werden müsse. Durch einführende Jugendräte könnte den Jugendlichen dieser Schritt erleichtert werden. Es würde zwischen Kommune und Jugend eine direkte Verbindung entstehen.

In der Plenarsitzung wurden über zwei Anträge abgestimmt. Die CDU und FDP Fraktionen merkten an, dass Jugendräte nur dann sinnvoll seien, wenn entsprechendes Interesse bei den Jugendlichen bestünde. Die Jugendräte dürften keinen Alibicharakter erhalten. Dennoch hielten die beiden Fraktionen die politische Mitbestimmung von Jugendlichen für sehr sinnvoll und stellte den Antrag auf eine „verpflichtende Einführung von Jugendparlamenten, wenn die Jugendlichen der Kommune den Wunsch danach äußern.“

Christian Kroll von der CDU-Fraktion fügte hinzu: „Zugleich betont das Wort „verpflichtend“ in diesem Zusammenhang, dass Jugendliche in Kommunen die Einrichtung eines Jugendparlamentes nicht mehr verwehrt werden kann, wenn diese dies wünschen! Es ist unsere Pflicht, solchen Bewegungen zukünftig den Weg zu ebnen und sie zu unterstützen“.

Die Fraktionen der SPD und Grünen stellte dagegen den Antrag „Jugendbeiräte verpflichtend einzuführen und diesen zusätzlich einen Jahresetat zur Verfügung zu stellen, einen Betreuer des Jugendamtes zur Seite zu stellen, sowie dem Jugendbeirat Initiativ- und Stimmrecht bei jugendrelevanten Themen zu geben.“

„Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass auch uns das notwendige Handwerkszeug zur politischen Mitbestimmung zur Verfügung steht.“, begründete Marie Heidenreich den Zusatz im Antrag der SPD-Fraktion.

In der Plenarsitzung entfachte eine schwierige Debatte über beide Anträge, sodass von allen Fraktionen kurz vor der Abstimmung noch einmal eine kurze Besprechungspause beantragt wurde. In dieser Pause besprachen sich die Fraktionsvorsitzenden der Parteien und beschlossen einen gemeinsamen Antrag aus beiden Anträgen zu formulieren:

„Der Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen unterstützt die verpflichtende Einführung von Kinder- und Jugendbeiräten auf kommunaler Ebene, um Jugendlichen an der kommunalen Politik mehr Gehör und Handlungsfähigkeit zu verschaffen, sofern die Jugendlichen einer Gemeinde den Wunsch danach äußern. Die Kinder- und Jugendbeiräte sollen Initiativ- und Stimmrecht bei jugendrelevanten Themen in den Ausschüssen erhalten.“

Dieser Antrag wurde in der Plenarsitzung mit großer Mehrheit, aber auch vereinzelt Gegenstimmen und Enthaltungen aus SPD und Grünen verabschiedet. Damit hat der Jugend-Landtag zwei Entscheidungen getroffen, die nun im „realen“, nordrhein-westfälischen Landtag zur Diskussion gegeben werden.

### **3. Jugend-Landtag in Verbindung mit dem Sonderwettbewerb „DemokratieMitWirkung“**

Es gibt nicht viele Jugendliche, die die Chance haben, in einem politischen Organ mitzuarbeiten und etwas in unserer Politik zu bewegen. Manche Schüler sind aktiv in der Schülerversammlung, andere engagieren sich im Sportverein oder bei anderen Organisationen. Aber junge Menschen in Stadträten, in Landtagen oder sogar auf Bundesebene trifft man doch äußerst selten. Im Landtag in Nordrhein-Westfalen liegt das Durchschnittsalter beispielsweise bei 52 Jahren. Der CDU-Abgeordnete Marc Ratajczak ist dabei mit seinen 35 Jahren der jüngste Abgeordnete. Es stellt sich also dabei die Fragen, welchem Abgeordneten man es zutraut, dass er oder sie Meinungen, Ansichten und Interessen von Kindern und Jugendlichen, allgemein von jungen Menschen, vertreten kann?

Durch den demographischen Wandel hin zu einer älter werdenden Gesellschaft wird das Potential zur Interessenvertretung junger Menschen immer geringer. Das Durchschnittsalter der Wählerschaft und der gewählten Abgeordneten steigt fast mit jeder Wahlperiode und es zeigt sich, dass jugendrelevante Themen immer weniger Einzug in die verantwortlichen Gremien erhalten.

Kinder und Jugendliche haben nach unserem Gesetz die Rechte, sich politisch beteiligen zu dürfen, denn es ist nun mal selbstverständlich, dass Kinder und Jugendliche andere Interessenschwerpunkte und Ansichten haben als Erwachsene. Nach unserem Grundgesetz ist jeder Mensch gleichberechtigt und darf frei seine Meinungen vertreten; auch Kinder und Jugendliche. Es ist daher in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts wichtig, die Verbindung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen aufrecht zu erhalten, denn die Jugend von heute, ist bekanntlich die Zukunft von morgen.

Doch wo genau in unserer Gesellschaft lernt „unsere Zukunft“, was Demokratie bedeutet und wie unser demokratischer Staat funktioniert? Wenn wir Glück haben, lernen die Jugendlichen etwas davon im Politikunterricht, doch auch dabei bleibt vieles nur auf einer abstrakten und theoretischen Ebene. Welche demokratischen Prozesse finden also in der Schule statt? Die Wahl des Klassensprechers ist vielleicht eine demokratische Wahl, doch diese hat lange nichts damit zu tun, wie unser Staat mit seinen vielen demokratischen Organen funktioniert.

Der Jugend-Landtag in Nordrhein-Westfalen hat zwei wichtige Sachen verbunden. Auf der einen Seite hat er versucht, politisch interessierten Jugendlichen einen praktischen Einblick in den politischen Prozess des Landtags zu geben, ihnen zu zeigen, wie Entscheidungen getroffen

werden und welche Gremien beispielsweise ein Antrag durchläuft, ehe über ihn im Landtag abgestimmt wird. Er hat den Jugendlichen eine praktische Erfahrung gegeben und ihnen die Demokratie sicherlich näher gebracht, als es jedes theoretische Modell machen könnte. Die Jugendlichen konnten einmal selber in die Rolle des Abgeordneten schlüpfen und so Eindrücke gewinnen, die kein Politikunterricht der Welt hergeben kann.

Auf der anderen Seite hat der Jugend-Landtag durch zwei echte Antragsbeschlüsse den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, politisch Verantwortung zu übernehmen, in ihrem Lebensumfeld etwas zu verändern und ihre Meinung kund zu tun. Den Jugendlichen wurde damit verdeutlicht, dass sie etwas bewegen können und an der politischen Entwicklung in Deutschland teilnehmen können. Die Jugendlichen haben also ganz nach dem Sonderwettbewerb „an der Demokratie mitgewirkt“.

Bald schon ist es genau 60 Jahre her, als am 24. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschlands in Kraft trat und somit die drei westlichen Besatzungszonen zur heutigen Bundesrepublik Deutschlands zusammenfasste. Wir können auf 60 Jahre Demokratie stolz sein, doch wir dürfen nicht vergessen, dass selbst nach 60 Jahren unsere Demokratie noch immer wie ein rohes Ei behandelt werden muss. Erschreckend wirkt dazu die immer weiter abnehmende Wahlbeteiligung bei demokratischen Entscheidungen. Bei der Bundestagswahl 2005 lag die Wahlbeteiligung bei 77,7%; so niedrig wie noch nie in den 60 Jahren Bundesrepublik. Es scheint dann dabei fast so, als dass ein erhöhter Anteil der Nachkriegsgeneration nicht die Wertschätzung der Demokratie weiß bzw. sich wegen Politikverdrossenheit oder sonstigen Gründen nicht mehr für die Demokratie interessiert. Eine niedrige Wahlbeteiligung stärkt, wie man weiß, dabei vor allem die radikalen Parteien am extrem rechten und extrem linken Spektrumsrand. Dieser Prozess hat in Deutschland bereits vor einigen Jahren begonnen!

2004 wurde die rechtsextreme NPD in den sächsischen Landtag gewählt, zwei Jahre später zog sie auch in den Landtag in Mecklenburg-Vorpommern ein. Auf vielen weiteren Kommunalebene ist die NPD schon lange stark vertreten. Doch nicht nur der rechte Extremismus stellt für unsere Demokratie eine Gefahr dar, sondern auch der linke Extremismus, zu dem auch viele die Partei „Die Linke“ zählen, erhält enormen Zuwachs. Es muss uns zu denken geben, dass während CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und die FDP in den letzten Jahren ständig eine Mitgliederabnahme verzeichnen, gerade die NPD sowie „die Linke“ einen fast schon beängstigenden Mitgliederzuwachs erreicht haben.

Der Landtag NRW hat als Initiator des Jugend-Landtags ein klares Zeichen gegen diesen Prozess gesetzt. Durch den Jugend-Landtag hat man Jugendlichen Einblicke in unsere Demokratie gegeben und ihnen verdeutlicht, wie wichtig es ist, am demokratischen Prozess teilzunehmen. Desinteresse und Unwissenheit sind Feinde der Demokratie, das haben wir nicht schon zuletzt 1933 gelernt. Die Demokratie in der Weimarer Republik war von der Finanzkrise bis zur Übernahme Hitlers innerhalb von vier Jahren aufgefressen worden, obwohl sie noch in den zwanziger Jahren die „goldenen Jahre“ erlebte und sich als demokratischer Staat etabliert zu haben schien.

Und wenn wir etwas Weiteres aus dem Niedergang der Weimarer Republik lernen können, dann ist es, dass wir uns stetig vor Augen halten müssen, dass unsere Demokratie selbst nach 60 Jahren nichts Selbstverständliches ist, sondern dass unsere heile Welt mit nur wenigen Schlägen zu Bruch gehen kann.

#### 4. Anhang

**a)Anmerkung:** Der Autor dieses schriftlichen Beitrags zum Sonderwettbewerb „DemokratieMitWirkung“, Alexander Koerfer, war selber Teilnehmer am Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalens 2008 und konnte daher aus persönlichen Erfahrungen, Eindrücken und Gesprächen mit anderen Teilnehmern und Politikern berichten.

#### **b)Angaben zum Autor:**

**Name:** Alexander Koerfer

**Geburtsdatum:** 26.03.1989

**Adresse:** Josefstr. 78  
52080 Aachen

**Telefonnr.:** 0241 558549

**E-Mail:** alex-koerfer@gmx.de

Beim Geschichtswettbewerb 2007 wurde die Arbeit über die „Aachener Domwache im Zweiten Weltkrieg“ mit einem Bundespreis ausgezeichnet.

#### **c)Quellenverzeichnis:**

**Internet:** [http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/index.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/index.jsp)

[http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB\\_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/JLT\\_2008/Jugendlandtag\\_2.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/JLT_2008/Jugendlandtag_2.jsp)

[http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB\\_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/JLT\\_2008/2206\\_BerichteJugendLT.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/JLT_2008/2206_BerichteJugendLT.jsp)

[http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB\\_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/JLT\\_2008/Stellungnahmen.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/JLT_2008/Stellungnahmen.jsp)

[http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB\\_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/JLT\\_2008/Konzept.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/JLT_2008/Konzept.jsp)

**Bilder:** Alle Bilder entstammen von der Homepage des Landtags NRW

